

- Bürgermeister
- Büro des Bürgermeisters
- Finanzen/Controlling
- Rechtsamt
- Eigenbetrieb Stadtwerke
- Interne Frauenbeauftragte

- Fachbereich I
Zentrale Verwaltung
- Fachbereich II
Soziales/Ordnungswesen/Stadtbüro
- Fachbereich III
Bauamt
- Fachbereich IV
Gesellschaft und Bildung
- Fachbereich V
Immobilienmanagement

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

6. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 7. Mai 2018

TOP 2

Beseitigung von wildem Müll; gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und FWV Drucksache: 10/0473

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19. April 2018 den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Der Antragsteller erläutert den Antrag.

Bürgermeister Möller stellt die bereits bestehenden Aktivitäten der Stadt Weiterstadt im Bereich der Müllvermeidung und der Beseitigung von illegalem Müll dar. Zurzeit werden die Kosten hierfür noch vom ZAW getragen.

Aus der ALW-Fraktion kommt die Anregung über die Engagement-Lotsen „Müllsammelpaten“ zu finden.

Die CDU-Fraktion bittet, dass in der Antragsbegründung erwähnte Konzept der Stadt Frankfurt näher Auszuwerten.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat der Stadt Weiterstadt wird beauftragt:

1. Maßnahmen zu ergreifen, um die Ablagerung von wildem Müll und die Verschmutzung der Innenstadt mit achtlos weggeworfenen Abfällen zu vermeiden oder wenigstens zu vermindern.
2. Hierzu soll zunächst eine Erfassung und Kartierung der besonders stark belasteten Flächen nach Hausmüll, Sperrmüll und weggeworfenen Kleinabfällen erfolgen.
3. Auf dieser Grundlage soll dann ein Konzept mit gezielten Maßnahmen erarbeitet werden,

um wilden Müll zu reduzieren und gegen die Müllsünder vorzugehen. Diese Maßnahmen könnten zum Beispiel folgende Ideen aufgreifen: Mehr Mülleimer, Feldschütz, stärkere Kontrollen, Mängelmelder (als App), Entsorgungsbestätigungsnachweise als Prüfmittel. Bei der Erarbeitung des Konzeptes soll ausdrücklich auch die Landwirtschaft mit einbezogen werden. Die für die Maßnahmen anfallenden Kosten sind zu ermitteln und eine Finanzierung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig